Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlich: Tageblatt Riesa, Hermsdorf Nr. 20.

Amtsblatt

Postscheckkonto: Leipzig 21292. Girokasse Riesa Nr. 52.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

№ 161. Mittwoch, 14. Juli 1920, abends. 73. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postschalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 30 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: i. V.: F. Teichgräber, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

I. **Diphtherie-Heilsera** mit den Kontrollnummern: **2045** bis **2064** einschließlich aus den Höchster Farbwerken,
155 bis **173** einschließlich aus den Behringwerken in Marburg,
557 bis **565** einschließlich aus dem Serumlaboratorium Nuete-Enoch in Hamburg,
238 bis **241** einschließlich aus dem Sächsischen Serumwerk in Dresden, soweit nicht bereits früher wegen Abschwächung usw. eingezogen;
II. **Tetanus-Sera** mit den Kontrollnummern: **1054** bis **1162** einschließlich aus den Höchster Farbwerken in Höchst a. Main,
657 bis **735** einschließlich aus den Behringwerken in Marburg,
116 bis **134** aus dem Sächsischen Serumwerk in Dresden, und
III. **Meningokokken-(Genickstarre-)Sera** mit den Kontrollnummern: **18** bis **23** einschließlich aus der Chemischen Fabrik E. Merck in Darmstadt, sowie mit der Kontrollnummer **6** aus dem Sächsischen Serumwerk in Dresden sind vom **1. Juli ds. Js.** ab wegen Ablaufs der staatlichen Gewährdauer **zur Einziehung bestimmt** worden.

Dresden, am 12. Juli 1920.

Ministerium des Innern. 3515

Verkehr mit Oelfrüchten.

Die Oelfruchtanbauer werden darauf hingewiesen, daß auch im Erntejahr 1920 die Oelfrüchte (Raps, Rübsen, Leindotter, Senf, Hederich, Hanf, Sonnenblumen, Mohn und Leinsaat) der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen und nur an die vom Reichsausschuß bestellten Aufkäufer abzuliefern sind.

Alle Oelfruchtanbauer haben gemäß der Verordnung vom 16. August 1919 **am 1. August ds. Js.** in ihrem Gewahrsam befindliche Mengen dem Kommunalverband anzuzeigen. **Außerdem sind die nach diesem Zeitpunkt geernteten Mengen am 1. jeden Monats dem Kommunalverband mitzuteilen.**

Als Aufkäufer für den hiesigen Bezirk kommen in Frage
Firma Georg Welz in Dresden,
Gebr. Pfund in Stauchitz.

Auf die Strafbestimmungen in § 16 der Verordnung über Oelfrüchte und daraus gewonnene Erzeugnisse vom 16. August 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 1439) wird besonders hingewiesen.

Großenhain, am 13. Juli 1920.

641 e I. **Die Amtshauptmannschaft.**

Nachdem das Wirtschaftsministerium die zur Reichsbekanntmachung vom 2. Dezember 1919 im § 4 der Ausführungsbestimmungen vom 14. Januar 1920 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 12 und Sächsische Staatszeitung Nr. 13 vom 17. Januar 1920) ausgesprochene **Beschlagnahme** der für die Ablieferung zur Erfüllung des Friedensvertrages in Betracht kommenden **Tiere** bezüglich der **Pferde** und **Rinder** bis auf weiteres **aufgehoben** hat (zu vergl. Sächs. Staatszeitung vom 8. VII. 1920, Nr. 154), wird auch die Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft vom 23. I. 1920 — 90 f E I — über den Besitzwechsel von Stuten und Stutfohlen aus und innerhalb des Bezirks der Amtshauptmannschaft Großenhain, abgedruckt in Nr. 18 des vorliegenden Blattes, **aufgehoben.**

Großenhain, den 12. Juli 1920.

1011 e D. **Die Amtshauptmannschaft.**

Maul- und Klauenseuche.

Unter den **Viehbeständen**
1. des **Rittergutes Merschwitz,**
2. des Mühlenbesitzers **M. Hommel in Skassa,**
3. des Wirtschaftsbesitzers Reinhold **Otto in Reppis** Nr. 8 b und
4. des Wirtschaftsbesitzers Albin **Hempel in Reppis** Nr. 7

ist der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche bezirkstierärztlich **festgestellt** worden.

Als Sperrbezirk werden gemäß § 161 der Bundesratsvorschriften zum Viehseuchengesetz vom 7. Dezember 1911 — Seite 83 des Gesetz- und Verordnungsblattes 1912 — die Orte **Merschwitz** und **Skassa** und als Beobachtungsgebiet gemäß § 165 der genannten Vorschriften die Orte **Leckwitz, Naundörfchen, Goltzsche, Zeuthitz, Neuseuhlitz, Weißig b. Gr., Medessen, Wildenhain, Kleinraschütz** und **Großraschütz** einschließlich der dazugehörigen Gutsbezirke bestimmt. Für den Sperrbezirk gelten die Vorschriften in §§ 162 bis 168 und für das Beobachtungsgebiet die §§ 166 bis 168 der genannten Vorschriften.

Im übrigen bewendet es bei den in der Bekanntmachung vom 1. Juli 1920, Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Reppis betr. (abgedruckt in Nr. 151 des Riesaer Tageblattes vom 2. Juli 1920 und Nr. 152 des Großenhainer Tageblattes vom 3. Juli 1920) getroffenen Maßnahmen.

Großenhain, am 12. Juli 1920.

153 c, d u. e El. **Die Amtshauptmannschaft.**

Bekanntmachung.

Verschiedene Vorkommnisse geben Veranlassung darauf hinzuweisen, **daß das Betreten des Geländes des gesamten früheren Truppenübungsplatzes außerhalb der Wege nach wie vor verboten ist.** Die ausgestellten Warnungstafeln sind zu beachten.

Kommandantur. Reichsvermögensstelle. Truppenübungsplatz Zeithain.

Freitag, den 16. Juli 1920, abends 8 Uhr **öffentliche Sitzung des Schulvorstandes** im Gasthof Seydewitz. Tagesordnung hängt aus.

Weida bei Riesa, am 14. Juli 1920. **Der Schulvorstand.**

Bezirksarbeitsnachweis Großenhain, Nebenstelle Riesa.

Kaiser-Franz-Joseph-Straße Nr. 17. Tel. Nr. 40.

Offene Stellen für: 1 Wirtschaftsgehilfen, mehrere Burschen 14 bis 16 Jahr zur Landw., ldw. Dienst- und Hausmägde mit und ohne Stallarbeit, 2 Küchen- und Hausmädchen für Restaurant und Bahnhof (Kaffeemamsell), 1 lernende Scholarin, 3—4 Maler.

Neue Krise in Spa.

Der gestrige Sitzungsbericht.

tu. Spa, 14. Juli. Der Sonderberichterstatter der „Telegraphen-Union" meldet: **In den Verhandlungen in Spa ist abermals eine Krise eingetreten. Bevor in der Nachmittagssitzung der Außenminister die Antwort der deutschen Delegation auf die letzten Aeußerungen der Alliierten in der Kohlenfrage mitteilte, schickte er längere Ausführungen zu ihrer Begründung voraus. Er betonte zunächst noch einmal, daß der Umfang der deutschen Lieferungen vor allem von der Arbeiterschaft des Ruhrgebietes abhängig sei, die bei der gegenwärtigen schlechten Ernährung die Förderung zu steigern nicht im Stande sei. Die Arbeiterschaft, die ihn kenne und mit der er während seiner früheren Tätigkeit gemeinsam soziale Ziele verfolgte, würde ihm Verrat vorwerfen, wenn er heute mehr verspreche, als sie zu leisten im Stande seien. Hierauf gab der Außenminister den deutschen Sachverständigenbericht zur Kenntnis. Die Ergebnislosigkeit der Sitzung rief in allen Konferenzkreisen die größte Erregung hervor. Unter den Vertretern der Entente verbreitete sich sofort das Gerücht, daß die Marschälle Foch und Wilson dringend nach Spa gerufen worden seien, und man muß in der Tat damit rechnen, daß die Alliierten Deutschland vor ein neues Ultimatum stellen werden. Jedenfalls ist eine neue Stockung in den Verhandlungen zu erwarten, wenn nicht auf die Fortsetzung der Konferenz überhaupt verzichtet wird.**

Wie verlautet, ist Marschall Foch schon vorgestern aufgefordert worden, nach Spa zu kommen. Man hat also gar nicht abgewartet, wie die Kommissionsverhandlungen verlaufen würden.

Die Verhandlungen in der Wiedergutmachungsfrage.

Wie wenig die Alliierten geneigt sind, sich auf kontradiktorische Verhandlungen unter Verzicht auf ihren Diktatstandpunkt einzulassen, dafür bietet die Behandlung der Wiedergutmachungsfrage ein sehr bezeichnendes Beispiel. Bekanntlich wurde zur Erledigung dieser Frage eine Kommission eingesetzt. Gestern mittag, als diese Kommission zum ersten Mal zusammentrat, war sie plötzlich in Untersuchungskommission umgetauft worden und ihre ganze Verhandlungsmethode bestand darin, daß die Vertreter der Alliierten eine Frage zur Aufklärung der deutschen Pläne stellten und daß sie dann die deutschen Delegierten aufforderten, bestimmte Zahlen über die von Deutschland zu zahlende Entschädigung zu nennen. Da Minister Wirth erklärte, dieser Aufforderung nicht entsprechen zu können, wurde eine neue Sitzung für heute anberaumt, in der die deutschen Vertreter eine endgültige Antwort zu erstatten hätten. Das ist also die gleiche ultimative Verhandlungsmethode, die von Anfang an bei den Besprechungen in Spa in Erscheinung trat.

Die Prüfungskommission.

Paris, 13. Juli. Der Kommission, die die deutschen Vorschläge prüfen soll, gehören der englische, der italienische und der französische Botschafter in Berlin an. Der italienische Botschafter ist zu diesem Zwecke eilig nach Spa gereist. Die Kommission soll nach „Echo de Paris" nicht das Recht haben, über irgend eine Ziffer, die Deutschland als Entschädigung zu zahlen habe, zu beraten.

Außenminister Simons über die Lage.

tu. Spa, 14. Juli. Der Sonderberichterstatter der „Telegraphen-Union" teilt mit: Der Außenminister Dr. Simons gab gestern abend in einer Besprechung mit Vertretern der deutschen Presse dem Standpunkt der deutschen Delegation Ausdruck. Er wies besonders darauf hin, daß alle Politiker sich darüber einig seien, daß der **Friedensvertrag** gerade in seinen **wirtschaftlichen Bestimmungen undurchführbar** sei. Hätten wir uns in diesen Fragen nun aufs neue festgelegt, so hätte die Welt und diesmal mit Recht annehmen müssen, daß wir uns unsere Zustimmung genau überlegt haben und daß wir die Bestimmungen, die wir unterschrieben, auch für durchführbar hielten. Man hätte uns aufs Neue und diesmal mit Recht einen Vertragsbruch vorgeworfen. Was schließlich die Stellungnahme der einzelnen Alliierten gegenüber der **Kohlenfrage** betrifft, so ist wiederholt auf die **starken Differenzen** zwischen Frankreich und England hingewiesen worden. Wir haben gesehen, in welch auffälliger Weise Lloyd George sich bemühte, den Anschein zu erwecken, als ob England in dieser Frage unbeteiligt sei. Die Wahrheit ist, daß nicht so sehr Frankreich als vielmehr England auf der Fixierung einer bestimmten Ziffer bestehen, weil es auf Grund einer solchen deutschen Erklärung die Basis für die Finanzierung der Schuld zu finden hoffte, die Frankreich ihm aus den Kriegsvorschüssen zu leisten hatte. Lloyd George vertrat dabei gewiß die Interessen seines Landes, verkannte jedoch vollkommen die heutige Lage Deutschlands, deren Unsicherheit es vollkommen unmöglich macht, bestimmte Verpflichtungen zu übernehmen. Auch die größte Rücksichtnahme auf England kann uns nicht dazu führen, einen politischen Weg einzuschlagen, der uns sofort in die größten Schwierigkeiten mit Frankreich, Italien und Belgien stürzen müßte. Die Folgen dieser Schwierigkeiten wären für Deutschland noch ernster als die gegenwärtige Lage, die durch unsere Weigerung entstanden ist.

Unterredung mit Foch und v. Seeckt.

tu. Rom, 13. Juli. „Bellonoi" drahtet aus Spa: Seit Freitag hat die Revision des Versailler Vertrages begonnen. Der wahre Triumphator des Kongresses sei Simons, dessen Thesen allgemein tiefen Eindruck gemacht haben. Der „Epoca"-Vertreter interviewte Foch und v. Seeckt. Foch ist nach wie vor unversöhnlich und protestiert gegen jede Milderung. Gegenüber dem Hinweis des Korrespondenten auf die bolschewistische Gefahr, sagte der Marschall: „Nur Schwindel". von Seeckt beschränkte sich darauf, die Fragen mit Achselzucken zu beantworten. Nur als der Korrespondent auf die Drohung mit der Besetzung des Ruhrgebietes anspielte, platzte v. Seeckt los: „Der Versailler Vertrag ist ohnehin undurchführbar, ihn noch verschlechtern: Wahnsinn!"

Zum Ueberfall auf den W. T. B.-Vertreter.

Weitere Nachrichten über den gegen den Vertreter des W. T. B. in Spa verübten Ueberfall besagen, daß der Angriff zunächst von einem belgischen Offizier ausging, dem sich später ein augenscheinlich in Begleitung des Offiziers befindlicher Zivilist hinzugesellte. Ein englischer Soldat machte der Szene ein Ende. Die erforderlichen amtlichen Schritte sind sofort eingeleitet worden.

„Fine de siecle" berichtet, daß infolge des Zwischenfalles die belgische Regierung die Mitglieder der deutschen Delegation ersucht habe, die Straße nach 11 Uhr abends ohne zwingenden Grund nicht mehr zu betreten.

Die Kölnische Zeitung meldet aus Spa vom 13. d. M.: Nachdem der Generalsekretär der Konferenz und der belgische Minister des Aeußeren bereits mündlich ihr Bedauern wegen des Ueberfalles auf den Vertreter des WTB ausgedrückt hatten, traf heute beim Minister des Aeußeren Dr. Simons ein **besonderes Entschuldigungsschreiben** ein, das dem Bedauern über den Zwischenfall Ausdruck gibt und eine strenge Untersuchung und Ahndung zusagt.

Fehrenbach über den Gang der Verhandlungen.

Wie die „B. Z." aus Spa meldet, hatte der Reichskanzler Fehrenbach eine Unterredung mit einigen holländischen und belgischen Journalisten. Dabei sagte der Kanzler: Wir haben das Gefühl, daß wir zu Ergebnissen kommen werden. Wir hoffen das jedenfalls. Ob es sich verwirklichen wird, kann ich natürlich nicht sagen. Die anderen verlangen so viel Kohlen von uns, daß wir diese Menge unmöglich liefern können. Auf die Frage, wie weit es mit der Wiederaufbaufrage innerhalb der Konferenz sei, antwortete Fehrenbach, er hoffe, daß auch diese Frage in günstigem Sinne geregelt werde. Wir werden am Dienstag den Alliierten einen neuen Vorschlag in der Kohlenfrage machen und wir hoffen, daß wir dann ein Uebereinkommen treffen werden, das günstige Bedingungen für beide Teile enthält. Dienstag gehen die Unterhandlungen auch über die finanziellen Fragen in besonderen Kommissionen weiter. Wenn das Ergebnis dieser Verhandlungen aus den Kommissionen an die Konferenz zurückgelangen und dort weiter behandelt werden soll, ist noch nicht zu übersehen. Es sieht fast so aus, als ob die Konferenz noch die ganze Woche andauern soll. Auf die Frage, ob es wahr sei, daß die Deutsche Volkspartei aus der Regierung ausgetreten sei oder auszutreten beabsichtige, antwortete der Kanzler entschieden verneinend. Alle Minister seien völlig einig. Nur in gewissen Kreisen in Deutschland bestehe Unzufriedenheit, weil wir in militärischen Fragen nachgegeben haben und man ist dort über die angedrohte Besetzung des Ruhrgebiets sehr erregt.

*

Die Internationale Finanzkonferenz.

Nach französischer Blättermeldung aus Spa wird die vom Völkerbund auf den 23. Juli nach Brüssel einberufene internationale Finanzkonferenz auch dann stattfinden, wenn bis dahin die in Spa geführten Verhandlungen noch zu keinem Ergebnis geführt haben. Nach dem „Echo de Paris" soll der Entschluß Millerands, in Spa zu bleiben, auf den Einfluß Lloyd Georges zurückzuführen sein, der erklärt habe, die öffentliche Meinung Englands, besonders aber das englische Parlament, würden einen raschen Abschluß der Verhandlungen nicht verstehen. Nach einer „Matin"-Meldung spielt bei der Erwägung, die Verhandlungen fortzusetzen, auch die Frage der Besetzung des Ruhrgebietes eine Rolle. Es besteht nämlich die Gefahr, daß, wenn man dieses Mittel anwendet, die Bergarbeiter aller Länder sich zu einer gemeinsamen Bewegung einigen würden.

Die Teschener Frage.

Die alliierten Regierungen, welche sich in Spa als Oberster Rat versammelt haben, haben die Teschener Frage geprüft. Da anerkannt wurde, daß es unmöglich ist, die Frage durch ein freundliches oder direktes Uebereinkommen beider Parteien zu regeln, und die unternommenen Versuche, diese Frage durch Schiedsspruch zu lösen, fehlschlugen, haben die Vertreter der alliierten Regierungen mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, denen das Plebiszit begegnet, beschlossen, die Botschafterkonferenz mit dem Mandate zu betrauen, die Grenzlinie zwischen der Tschecho-Slowakei und Polen im Teschener und Zipser Gebiete zu bestimmen. Die Botschafterkonferenz wurde aufgefordert, zu diesem Zwecke beide beteiligten Parteien anzuhören und die Frage in möglichst kürzester Zeit zu lösen. Die Entschließung wurde der polnischen und der tschecho-slowakischen Regierung mitgeteilt.

SLUB
Wir führen Wissen.